

Fadegrad



von
Roland Scheck

Sans-Papiers-Industrie

Die gutmenschliche Willkommenskultur der Schweiz kennt keine Grenzen. Der Staat toleriert die Einreise von Wirtschaftsflüchtlingen, die auf unsere Kosten ein besseres Leben suchen. Mit fingierten Arbeitsverträgen können Ausländer direkt in unser Sozialsystem einreisen. Der Staat toleriert auch eine Parallelgesellschaft von illegal in der Schweiz lebenden Ausländern. Gemäss Schätzungen arbeiten allein im Kanton Zürich rund 20 000 Personen ohne eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung. Unter Einbezug von Minderjährigen und Nicht-Arbeitenden kann davon ausgegangen werden, dass die illegal Anwesenden gut und gerne zwei bis drei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. An der Kalkbreitestrasse 8 betreibt die Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich (SPA) eine Beratungsstelle mit Sprechstunden. Hier könnte die Polizei mit geringstem Aufwand Personen festnehmen, die gegen das Ausländergesetz verstossen. Aber sie tut es nicht. Dies ganz im Sinne der SP-Stadtpräsidentin Mauch, die anlässlich einer Gemeinderatsdebatte erklärte, dass die illegal im Lande verweilenden Ausländer ohne solche Beratungsstellen Angst haben müssten, entdeckt zu werden. Die Stadt Zürich schaut aber nicht nur weg, sondern lässt auch Steuergeld fließen, indem sie sich an den Innenausbaukosten der SPA beteiligt. Und wenn sich die Stadt schon zum Handlanger von Illegalen macht, will der Kanton natürlich in nichts nachstehen, worauf auch dieser einen finanziellen Beitrag aus dem Lotteriefonds ausrichtet. Auch andere Behörden schauen weg. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren hat sich wiederholt gegen eine Meldepflicht ausgesprochen, obwohl die Schulen die Daten der Kinder ohne migrationsrechtlichen Aufenthaltsstatus erheben. Eine problematische Rolle spielen auch die Gemeinden. Nach dem Gemeindegesetz sind Vermieter verpflichtet, der Gemeinde den Ein- und Auszug von Mietern zu melden. Da auch Sans-Papiers Mietverträge abschliessen können, liegen demzufolge die Informationen vor, wo sich illegal anwesende Personen aufhalten. Passieren tut aber nichts. Das zum Schweizerischen Roten Kreuz gehörende Netzwerk Meditrina betreibt an der Kronenstrasse 10 eine medizinische Anlaufstelle für Sans-Papiers. Meditrina hat einen namhaften Geldbetrag von einer Stiftung erhalten, deren Stiftungsrat von der Zürcher Gesundheitsdirektion bestellt wird. Desweiteren wurde kürzlich der Verein Sans-Papiers Care gegründet, der sich dafür einsetzt, dass Sans-Papiers ein «Anrecht auf eine durch unsere Gesellschaft solidarisch mitfinanzierte Gesundheitsversorgung» haben. Soll noch einer sagen, Linke seien nicht geschäftstüchtig. Nach der Sozialindustrie und der Asylindustrie fahren sie bereits den nächsten Wirtschaftszweig hoch, die Sans-Papiers-Industrie. Wie schon bei der Sozial- und der Asylindustrie dürfen sie auch hier auf die willfähige Förderung des Staates zählen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen durch Privatpersonen?

Ja, liebe Leserinnen und Leser, Sie sehen richtig: die SP fordert den Stadtrat auf, zu prüfen, wie die Stadt Zürich in Zusammenarbeit mit der Asylorganisation ein Pilotprojekt starten kann, bei welchem Flüchtlinge unbürokratisch bei Privatpersonen unterkommen können. Wo soll das noch hinführen?

Die Linken sind der Meinung, dass angeblich in grossen Teilen der Schweizer Bevölkerung, aufgrund der ausserordentlichen Flüchtlingsströme, die Bereitschaft besteht, Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen. Dieser grosse Teil der Schweizer Bevölkerung scheidet aber bis anhin an bürokratischen Hürden. Teils an unverständlichen bürokratischen Hürden, wie die Postulanten sogar meinen. Wie wenn für die SP die Bürokratie je eine Hürde darstellte. Wo sie doch alles und überall bürokratisieren will.

Nazivergleich durch Linksextreme

Aber geht es um Asylanten, dann ist die Bürokratie plötzlich etwas Unsägliches, etwas Böses, etwas Unnötiges. Eine vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen durch Privathaushalte würde den Staat entlasten. Das würde vielleicht stimmen, wenn der Gastgeber auch für die Kosten eines Flüchtlings aufkommen würde. Aber wer glaubt schon daran, dass jemand, und ganz speziell ein Linker einen Flüchtling oder mehrere bei sich aufnimmt, ohne dann beim Staat die hohle Hand zu machen. Das wäre mal ganz was Neues. Bekannt ist schon lange: Gutmensch zu spielen mit frem-

den Geld ist einfach. Wenn es aber darum geht, sein eigenes Portemonnaie zu zücken, läuft er mit grossen Schritten davon. Würde die Linke überhaupt einen Flüchtling bei sich aufnehmen? Oder will sie das dem grossen Teil der Schweizer Bevölkerung, welche angeblich sofort bereit wäre, solche bei sich zu Hause aufzunehmen, überlassen? Als die SVP verlangte, dass jeder, der dieses Postulat unterstütze, auch einen Flüchtling bei sich aufnehmen wird, aufstehen soll, blieb der ganze Gemeinderat sitzen. Einer von der AL machte den Vorschlag, dass er seine 2,5-Zimmer-Wohnung mit einem Asylanten teilen würde, wenn die Gegner einen Monat nach Syrien in die Ferien gehen würden. Aber, und das war ihm wichtig zu erwähnen, ist, dass wenn wir weiterhin von Asylanten reden, was er als abschätzend klassierte, er uns SVP-ler nur noch mit Nazis ansprechen wird. Er wurde für diese diffamierende und gegen das Ratsreglement verstossende Aussage nicht einmal vom Gemeinderatspräsidenten verwarnt!

Aber das Angebot, nach Eritrea in die Ferien zu gehen, blieb aus. Dort, wo die meisten Asylbewerber herkommen, dort, wo kein Krieg herrscht. Genau das sind

die Forderungen, welche beweisen, dass alle sollen, solange der Unterstützer nicht mitmachen muss. Die AL geht sogar noch weiter; sie beantragte eine Textänderung, dass das Postulat nicht nur in Zusammenarbeit mit der AOZ geprüft wird, sondern auch mit der Schweizerischen Flüchtlingshilfe.

Falsche Hoffnungen

Aber mit solchen Postulaten werden doch die Schlepper unterstützt. Mit dem Motto «Refugees Welcome» schüren wir falsche Hoffnungen! Die SP fördert die Integration. Selbst Stadtrat Golta findet es sehr gut, wichtig, beispielhaft und fördernd, dass wir so viele Flüchtlinge wie möglich bei uns aufnehmen. In seinem Votum sprach er hauptsächlich davon, dass wir verpflichtet seien, die Asylanten gut zu integrieren. Es sei kein Thema für ein paar Tage, sondern ein langfristiges Thema. Schliesslich werden diese Leute für immer hier bleiben. Wir müssen für diese Leute unbedingt mehr Wohnraum schaffen. Die Grünen haken nach, die aufgenommenen Flüchtlinge brauchen dringend Kontakt zu den eigenen Leuten, sie müssen Freundschaften knüpfen können, um sich hier besser zurecht zu finden. Alles klar, Flücht-

linge werden nicht zum Schutz bei uns aufgenommen, Flüchtlinge werden aufgenommen, um unsere Kultur zu bereichern. Aufgenommene Asylanten werden nicht zum Schutz aufgenommen, nein, sie werden aufgenommen, um für immer hier zu bleiben. Die Sozialkasse wird für die nächsten Jahrzehnte mutwillig belastet.

Die Postulanten meinen zwar, dass mit ihrem Postulat alles auf freiwilliger Basis bestehe, das Asylchaos soll aber weiterhin Aufgabe des Staates sein, dass es hier nur um die Vereinfachung gehe für jene, die freiwillig Flüchtlinge aufnehmen wollen.

Und jeder, der dieses Postulat aus Kostengründen nicht mitunterstütze, und von den Postulanten verlangte, Flüchtlinge bei sich selbst aufzunehmen, solle sich darüber Gedanken machen, mit welchem Geld Kampfflugzeuge finanziert würden.

Fazit: Man kann gerne den Vergleich von sicherheitsrelevanten Geräten und sicherheitsgefährdeter Zuwanderung machen. Aber nach den Wahlen ist vor den Wahlen...

Übrigens: Lediglich die SVP stimmte gegen das unnötige und politikferne Postulat. Alle anderen Parteien unterstützten es, inklusive FDP.

Stephan Iten
Gemeinderat SVP Zürich 11

DIE GEWERBEPOLITIK DER SVP STADT ZÜRICH

Wohlstand kommt vom Markt, nicht vom Staat

Wohlstand kommt vom Markt, nicht vom Staat. Die SVP Zürich will mehr Markt, weniger Staat, weniger Steuern und Abgaben. Zürich ist das Kraftwerk der Schweiz. Kleinunternehmen und Gewerbe leisten dazu einen substanziellen Beitrag.

Im Grundsatz gilt: Die Stadt Zürich darf nicht strenger regulieren als der Kanton. Wo Alternativen bestehen, wird jene Form gewählt, die für Bürger und Gewerbe am günstigsten ist. Weiter gilt das Wettbewerbsprinzip: Jede staatliche Leistung, für die kein gesetzliches Monopol besteht, muss auch von Privaten angeboten werden können.

Fundament

Die Gewerbepolitik der SVP Stadt Zürich lehnt sich an jene der SVP Schweiz an. Sie konzentriert sich auf urbane Märkte in Zürich. Das wissenschaftli-

che Fundament bildet die volkswirtschaftliche Wettbewerbstheorie. Das juristische Fundament ist die Schweizer Verfassung. Die Verfassung garantiert Eigentum (Art. 26), Wirtschaftsfreiheit (Art. 27), Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 16) sowie Vertragsfreiheit und Handels- und Gewerbefreiheit. Zentral sind Eigentum und Freiheit.

Das ideologische Fundament der SVP-Gewerbepolitik ist das freiheitliche Gedankengut. Die Stadt Zürich ist ein offener Markt. Unternehmer und KMU (kleine und mittlere Unternehmen) sind ihr Fundament. Die Leistung der

Unternehmerinnen und Unternehmer wird geschätzt und respektiert.

Ein wichtiges Standbein in Zürich ist der Finanzplatz. Banken, Versicherungen und Treuhänder leisten einen wesentlichen Anteil am Erfolg. Auch dem Börsenplatz Zürich ist Sorge zu tragen. Ein Fokus der SVP sind die «K» im «KMU».

Mikrofirmer und Kleinfirmer schaffen zusammen rund 80 Prozent der Arbeitsplätze, der Löhne und des Beitrags an das Sozialprodukt. Kleinfirmer sind solche mit 1–10 Mitarbeitern, Mittlere sind jene darüber. Mikrofirmen sind solche mit 0–1 Angestellten.

Wichtigste Unternehmensformen sind Aktiengesellschaft, GmbH und Einzelfirma. Bedeutend sind auch die eigentümerfinanzierten Kleinfirmer und Familienunternehmen. Kernaufgaben des Staates sind Rechtssicherheit, Eigentumsgarantie und rasche Verfahren.

Forderungen der SVP

- Die staatliche Gesamtbelastung für KMU muss sinken
- Bei der Nachfolgeregelung müssen steuerliche Nachteile beseitigt werden
- Arbeiten muss sich lohnen: Wer mehr arbeitet, soll netto auch mehr verdienen
- Keine neuen Arten von Abgaben

- Keine Abgaben ohne direkte Substitution von Steuern
- Umweltabgaben werden vollständig kompensiert und zielen auf Schadstoffreduktion (nicht auf stetige Einnahmen)
- Jede Abgabenerhöhung und jede neue Abgabe muss vors Volk
- Die SVP verlangt ein Formular-Motorium: Für jedes neue Formular muss ein altes abgeschafft werden.

Bewilligungen

- Lohnnebenkosten müssen sinken: Die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit müssen sinken im Verhältnis zum Produktionsfaktor Kapital
- Keine staatliche Konkurrenzierung des Gewerbes durch Sozialmassnahmen
- Keine städtischen Pseudo-Firmer, welche offiziell «sozial» tätig sind, tatsächlich aber mit Steuergeld Privatfirmer konkurrenzieren
- Der Staat übernimmt nur Tätigkeiten, die nicht von Privaten erledigt werden können
- Das Gewerbe darf nicht an den Stadtrand oder gar aus der Stadt gedrängt werden. Insbesondere das produzierende Kleingewerbe muss in Zürich seinen Platz haben.

(Auszug aus dem Wahlprogramm der SVP der Stadt Zürich)

MEDIENMITTEILUNG DER SVP WINTERTHUR

Sozialdepartement muss endlich verantwortlich wirtschaften

Die Ausgaben im Winterthurer Sozialdepartement wachsen seit Jahren überproportional an. Während im Jahr 2012 in der Produktgruppe Individuelle Unterstützung Nettokosten von 92 Mio. Franken angefallen sind, sind für das Jahr 2016 Nettokosten von 125 Mio. Franken (+35,8 Prozent) budgetiert. Wie auch bekannt ist, findet in Winterthur ein Zuzug von Sozialhilfebezügern statt. Ganz im Gegensatz zu den anderen Städten im Kanton Zürich.

Die Gemeinderatsfraktion der SVP Winterthur ist bei der Beratung des Budgets zum Schluss gekommen, dass dieser exorbitanten Kostensteigerung Einhalt geboten werden muss und kann. Die Aussage, dass wegen den übergeordneten gesetzlichen Vorgaben kein Spielraum bestehe, stellen wir in Abrede.

Dank einer fehlerhaften Systematik in der Globalbudgetierung kann die Verwaltung ohne Bewilligung durch das Parlament ihre Aufgaben selbstständig massiv ausweiten. Bei den bürgerlich geführten Departementen haben die Stadträte die Kosten reduziert. Sie nehmen ihre Verantwortung wahr und nutzen diesen Systemfehler nicht aus.

Problem KESP

Ganz anders stellt sich die Lage im Sozialdepartement dar. So budgetiert zum

Beispiel die KESB im Bereich des Erwachsenen-schutz im Jahr 2016 eine Verdoppelung der Massnahmen gegenüber 2015. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Hier liegt massives Sparpotential ohne dass Bedürftige darunter leiden müssen.

Als weitere Massnahme fordert die SVP Winterthur, dass den Sozialhilfebezügern statt Bargeld Gutscheine abgegeben werden.

Dadurch kann die Zweckentfremdung der Sozialhilfegelder, zum Beispiel der Transfer ins Ausland, reduziert werden.

Die SVP Winterthur anerkennt, dass die Budgetierung für den Stadtrat schwierig ist, lehnt aber eine Steuererhöhung ab. Damit das Budget kein Defizit aufweist, sind im Sozialdepartement die notwendigen Einsparungen vorzunehmen.

Parolen zur Volksabstimmung vom 22. November 2015

Kanton Zürich

- Wahl eines Ständerates
- Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung von Staatsbeiträgen für den Bau einer Limmattalbahn

Hans-Ueli Vogt

NEIN

Stadt Zürich

- Wahl eines Statthalters

leer lassen

- Änderung der Gemeindeordnung; Anpassung der Aufgaben-Zuordnung der Departemente sowie von Bestimmungen des Abschnitts Schule und Schulbehörden, Umbenennung eines Departements, Streichung einer Kompetenzbestimmung Gemeinderat

NEIN